

werden. Adresse: Frauennachtcafé, Friesenstr.6, 10965 Berlin, Tel. 616 20 970. Geöffnet ganzjährig jeden Samstag und in den Nächten vor Feiertagen von 18.00 – 8.00 Uhr.

13. Unter Druck e.V. veranstaltet am 26.04.2006 ab 12 Uhr einen Tag der offenen Tür mit Programm. Ort: Unter Druck e.V., Oudenarderstr.26, 13347 Berlin-Wedding, Tel. 24729040.

2. Treffpunkt „Strohalm“ in Köpenick:

Roland Püschel:

Der Treffpunkt „Strohalm“ ist ein Kontakt- und Beratungsladen, der zur Stiftung SPI gehört. Angeboten werden Beratung und Vermittlung (Armut- und Suchtarbeit), Kleiderkammer, Dusche, unregelmäßig Freizeitangebote, zwei Selbsthilfegruppen Sucht und Beschäftigungsmöglichkeiten über MAE und Arbeit statt Strafe. Täglich werden bis zu 100 Mahlzeiten (Frühstück und Mittag) für je 50 Cent herausgegeben, wodurch die Kosten gedeckt werden. Es gibt 13-15 Beschäftigte. 5–10 % der Gäste sind Wohnungslose, bedingt durch den nahen S-Bahnhof Schöneweide kommen auch Bewohner aus Brandenburg. Vorwiegend nutzen den Treffpunkt jedoch Menschen aus der Umgebung. Der eigentliche Bezug zu Wohnungslosen ergibt sich über die Notübernachtung mit 10 Plätzen (8M+2F) täglich. Angeboten werden richtige Betten und ein Abendessen. Zur Zeit ist sie mit 13 Übernachtungsgästen überbelegt. Das Wohnheim, im selben Haus, wird über die Zentrale Unterbringungsleitstelle des Senats nach ASOG (Allgemeines Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Berlin) belegt. Kontakt: Treffpunkt „Strohalm“, Wilhelminenhofstr. 68, 12459 Berlin, Tel. 530 14 387, Fax 530 14 392. Email treff-strohalm@stiftung-spi.de. Öffnungszeiten: Mo-Fr 7.30 – 16.00 Uhr.

3. Pressekonferenz zu HARTZ IV und 1-Euro-Job

Peter Zedler:

Am 15.02.2006 fand im GEW-Haus Berlin eine Pressekonferenz der „Berliner Kampagne gegen HARTZ IV“ zur allgemeinen Situation der 1-Euro-Jobs statt. Die Veranstalter gehen davon aus, dass die Jobcenter und die Maßnahmeträger massenhaft gegen gesetzliche Vorgaben verstoßen. Die Rechtmäßigkeitskriterien „Zusätzlichkeit“ und „öffentliches Interesse“ sind zwar inzwischen allgemein bekannt, weniger bekannt sind hingegen die weiteren Voraussetzungen, damit eine „Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung“ rechtmäßig ist:

- Ein 1-Euro-Job muss nachrangig sein gegenüber der Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt und gegenüber vorrangigen Förderinstrumenten
- er muss erforderlich, geeignet und verhältnismäßig sein, um die Alg II – Bezieher in den 1. Arbeitsmarkt zu integrieren
- Im Stellenvorschlag müssen genau bestimmt sein: Umfang, Dauer und Art der Tätigkeit, die Verteilung der Arbeitszeit in der Woche sowie die Höhe der Mehraufwandsentschädigung.
- Die Bestimmungen über den Arbeitsschutz müssen eingehalten werden

Die Beratungspraxis zeigt, dass die Mehrheit der Betroffenen nicht darüber informiert ist, weshalb die GEW (Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft) eine Rechtsberatung anbietet. Allerdings ist es schwierig gegen Missstände vorzugehen, da mit Sanktionen gerechnet werden muss. Laut GEW wurden im Jahr 2005 ca. 32.000 MAE- Stellen im öffentlichen Dienst vermittelt. Da die Befürchtung besteht, dass dadurch andere Arbeitsplätze wegfallen, wurde erreicht, dass bei Neueinstellungen der jeweilige Personalrat angehört wird. Des weiteren will die GEW erreichen, dass keine 1-Euro-Jobs in die Privatwirtschaft vermittelt werden dürfen.

4. Lebenswirklichkeit wohnungsloser Frauen

Ilka Junghähnel, Corinna Müncho:

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAGW) geht nach einer Schätzung im Jahr 2002 (ohne Aussiedler) von 55% wohnungslosen Männern, 23% Frauen (Berlin 16,4 %) und 22% Kindern und Jugendlichen aus. Wohnungslosigkeit wurde früher eher als ein Männerproblem angesehen, weshalb lange Zeit das Hilfesystem nur auf Männer ausgerichtet war. Erst seit den 80er Jahren wurde man auch auf Frauen aufmerksam. Allerdings musste man feststellen, da